

21.11.2019

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksachen 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung) -

### 2. Lesung

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)**

**Berichterstatlerin** Abgeordnete Heike Gebhard (Haushaltsgesetz)

**Berichterstatlerin** Abgeordnete Sonja Bongers (Personalhaushalt)

### **Beschlussempfehlung**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 17/7200 und 17/7800 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2019/Ausgegeben: 22.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### **A Beratungsverfahren**

Der Haushaltsgesetzentwurf, Drucksachen 17/7200, wurde durch das Plenum am 18. September 2019 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanter Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.

Am 6. November 2019 wurde der Haushaltsgesetzentwurf 2020 und der Entwurf des GFG 2020 durch die Ergänzungsvorlage in Drucksache 17/7800 durch die Landesregierung verändert.

Das Haushaltsbegleitgesetz, Drucksache 17/7203, wurde ebenso durch das Plenum am 18. September 2019 an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die übrigen Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen. Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ergibt sich aus Drucksache 17/8018.

Die Beratungsergebnisse der Fachausschüsse ergeben sich aus ihren Vorlagen an den HFA zur Vorbereitung zur 2. Lesung, soweit dort Änderungsanträge zur Abstimmung gestellt worden sind. Im Übrigen erfolgte die Weiterleitung der Voten an den HFA mündlich.

Der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen des Haushalts- und Finanzausschusses hat sich in seiner Sitzung am 20. November 2019 abschließend befasst. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Die Beratung ergibt sich aus der Vorlage 17/2751. Der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen hat über den Entwurf, soweit es seinen Zuständigkeitsbereich betrifft, zu den Einzelplänen 09, 10, 12, 14 und 20 (Landesbetriebe und Sondervermögen) abgestimmt. Dieser Bereich wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD unverändert angenommen.

Der Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses hat sich in seiner Sitzung am 19. November 2019 abschließend mit dem Personalhaushalt befasst. Dort lagen keine Änderungsanträge der Fraktionen zum Text des Haushaltsgesetzes vor. Die Voten des Unterausschusses zu den Einzelplänen ergeben sich auch aus der Darstellung in den Drucksachen 17/8001 bis 17/8014, 17/8016 und 17/8020. Daraus ergeben sich auch die ggfs. im Unterausschuss Personal beratenen und abgestimmten Änderungsanträge der Fraktionen zu den Einzelplänen, soweit sie sich auf den Personalhaushalt beziehen.

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich.

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes in seiner Sitzung am 21. November 2019 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen, Vorlage 17/2751, sowie des Unterausschusses Personal beraten.

Einzelheiten über die Beratungsergebnisse sind den Berichten zu den Einzelplänen des Haushalts - Drucksachen 17/8001 bis 17/8014, 17/8016 und 17/8020 - zu entnehmen. Hierzu wird auf die Anhänge zu den Beschlussempfehlungen zu den Einzelplänen verwiesen. Zum Haushaltsbegleitgesetz 2020 sind die Ergebnisse der Beratungen in Drucksache 17/8018 zu entnehmen.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt wird auch auf den Bericht zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2020 - Drucksache 17/8017 - hingewiesen. Die Anhörung zum GFG-Entwurf wurde vom mitberatenden Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen durchgeführt.

## **B Anhörungen**

### **1. Anhörung zu dem Gesetzentwurf am 31. Oktober 2019**

Die Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung - Drucksachen 17/7200 und 17/7203 - hat am 31. Oktober 2019 stattgefunden.

Für die öffentliche Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

<b>Sachverständige/Verbände</b>	<b>Stellungnahme</b>
Städtetag Nordrhein-Westfalen	<b>17/1948</b>
Städte- und Gemeindebund NRW	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen	
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände	
Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen	<b>17/1940</b>
Institut für Makoökonomie und Konjunkturforschung	<b>17/1953</b>
Kai Schlegelmilch Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS)	<b>17/1951</b>
Michael Hermund DGB Bezirk NRW	<b>17/1925</b>
Manfred Lehmann Deutsche Steuer-Gewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen	<b>17/1914</b>

Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
DBB NRW Roland Staude	<b>17/1912</b>
AG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW c/o Diakonisches Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e.V. – Diakonie RWL	<b>17/1927</b>
Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen e. V.	<b>17/1869</b>
Rainer Dahlhaus GGG NRW	<b>17/1910</b>
Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Nordrhein-Westfalen Herr Sebastian Fiedler Landesvorsitzender	<b>17/1972</b>
Bund der Richter und Staatsanwälte NRW	<b>17/1946</b>
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen	<b>17/1913</b>
Stefan Behlau VBE- Verband Bildung und Erziehung Landesverband NRW e.V. Landesvorsitzender	<b>17/1864</b>
Baldur Bertling Grundschulverband NRW	<b>17/1870</b>
Landesrektorenkonferenz der Universitäten e. V. Vorsitzender Prof. Dr.-Ing. Gerhard Sagerer c/o Universität Bielefeld	<b>17/1939</b>
Kanzlerinnen und Kanzler der Universitäten Nordrhein-Westfalen Dr. Roland Kischkel c/o Bergische Universität Wuppertal	<b>17/1939</b>

Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen e.V. c/o Fachhochschule Münster	
Konferenz der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen Nordrhein-Westfalen c/o Hochschule Bochum University of Applied Science Bochum	<b>19/1941</b>
Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlichen Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinika in Nordrhein-Westfalen Bernadette Stolle, Matthias Neu c/o Universität Duisburg-Essen	<b>17/1942</b>
Landespersonalrätekonferenz der Studierendenwerke Münster	<b>17/1878</b>
Landeskonferenz der Gleich- stellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Ulrike Brankds-Proharam Gonzales, Annelene Gäckle, Kirsten Pinkvoll, Birgit Weustermann c/o RWTH Aachen Gleichstellungsbüro	<b>17/1893</b>
Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke NRW Jörg Lüken c/o Akademischen Förderungswerk Bochum	<b>17/1884</b>
Landes-Asten-Treffen Nordrhein-Westfalen Katrin Lögering, Jonas Neubürger c/o AStA an der Ruhr-Universität Bochum	<b>17/1964</b>
Anne Lütkes Vizepräsidenten Deutsches Kinderhilfswerk e. V. Regierungspräsidentin a. D. Landesministerin a. D.	<b>17/1957</b>

Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
Klaus Fröse Geschäftsführer Verein sozial-integrativer Projekte	<b>17/1943</b>
Landesintegrationsrat NRW	<b>17/1965</b>
LAG kommunaler Frauenbüros/Gleichstellungsstellen in NRW	<b>17/1952</b>
LAG autonomer Frauenhäuser in NRW	<b>17/1944</b>
Bund der Steuerzahler NRW e. V. Markus Berkenkopf Referent für Haushalts- und Finanzpolitik	<b>17/1956</b>
Dr. Volkhard Wille stellv. Vorsitzender Landesrat NABU NRW	<b>17/1966</b>

Die Sachverständigen beantworteten Fragen der Abgeordneten zum Haushaltsentwurf insgesamt sowie insbesondere zu den Einzelplänen. Die einzelnen Stellungnahmen der Sachverständigen sowie die Diskussion mit den Abgeordneten sind im Ausschussprotokoll 17/751 dokumentiert.

Im Rahmen der Anhörung wurde auch den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben. Zur am 6. November 2019 zugegangenen Ergänzungsvorlage, Drucksache 17/7800, haben die kommunalen Spitzenverbände ebenfalls eine Stellungnahme, 17/2054, abgegeben. Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass bezüglich der Änderungen des GFG und des Gesetzes zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes durch die Ergänzungsvorlage in Drucksache 17/7800 den kommunalen Spitzenverbänden unmittelbar durch den Vorsitzenden des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen einer mündlichen Erörterung in der Sitzung am 19. November 2019 eingeräumt wurde.

Eine weitere Anhörung oder zusätzliche mündliche Erörterung auf Grundlage der Veränderungen der Ergänzungsvorlage war im Haushalts- und Finanzausschuss entbehrlich.

## 2. Anhörung zum Personaletat am 29. Oktober 2019

Die Anhörung des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung - Drucksachen 17/7300 - hat am 29. Oktober 2019 stattgefunden. Sie wurde auf Grundlage der dazu eingegangenen Stellungnahmen der Sachverständigen durchgeführt. Hierzu sind folgende Stellungnahmen eingegangen:

<b>Sachverständige/Verbände</b>	<b>Stellungnahme</b>
DGB Bezirk NRW Düsseldorf	<b>17/1920</b>
ver.di Landesbezirk NRW Düsseldorf	<b>17/1923</b>
dbb NRW Beamtenbund und Tarifunion Düsseldorf	<b>17/1909</b>
komba gewerkschaft nrw	<b>17/1871</b>
Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband NRW Duisburg	<b>17/1890</b>
Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk NRW Düsseldorf	<b>17/1938</b>
Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	<b>17/1949</b>
Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V. Hamm	<b>17/1946</b>
Vereinigung der Verwaltungsrichterin nen und Verwaltungsrichter des Landes NRW Gelsenkirchen	<b>17/1885</b>
Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Landesverband NRW e.V. Düsseldorf	<b>17/1930</b>
Deutsche Steuer-Gewerkschaft Landesverband NRW Düsseldorf	<b>17/1908</b>
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW Essen	<b>17/1913</b>
VBE – Verband Bildung und Erziehung Landesverband NRW e.V. Dortmund	<b>17/1864</b>
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs in NRW e.V. Düsseldorf	<b>17/1926</b>
SCHaLL.NRW e.V. Ennepetal	<b>17/1924</b>



Sachverständige/Verbände	Stellungnahme
GGG NRW – Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule NRW e.V. Sprockhövel	<b>17/1911</b>

Die öffentliche Anhörung vom 9. Oktober 2018 ist im Wortlaut in APr. 17/773 wiedergegeben.

### **3. Anhörung zum GFG und zur Änderung des Stärkungspaktgesetzes**

Zur Anhörung zum GFG durch den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen wurde am 29. September 2019 durchgeführt. Hierzu wird auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 17/8017 verwiesen. Darüber hinaus hatten die kommunalen Spitzenverbände zur Ergänzungsvorlage in Drucksache 17/7800 in der Sitzung des Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen am 19. November 2019 Gelegenheit zur mündlichen Erörterung.

## **C Beratungen**

### **1. Haushaltsklausur**

Die Haushaltsklausur des Haushalts- und Finanzausschusses hat am 25. und 26. September 2019 stattgefunden. Hierzu wird vollinhaltlich auf die Protokolle APr. 17/739 und 17/741 verwiesen.

Zu den Fragen der Fraktionen im Rahmen der Haushaltsberatungen insgesamt wird auf die Vorlagen des Ministeriums des Innern zur Haushaltsklausur 17/2459, 17/2460 und 17/2461 verwiesen. Nachgereichte Fragen der Fraktionen wurden auch zur Sitzung des HFA am 7. November 2019 mit der Vorlage 17/2625 beantwortet.

### **2. Auswertung der Anhörung des HFA**

Eine Auswertung der Anhörung vom 7. November 2019 hat stattgefunden.

### **3. Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände**

Die kommunalen Spitzenverbände hatten gemäß § 58 der Geschäftsordnung Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme im Rahmen der Anhörung am 31. Oktober 2019 sowie nach Eingang der Ergänzungsvorlage am 6. November 2019. Die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbänden zu den Ergänzungsvorlagen, Stellungnahme 17/2054, erreichte den Haushalts- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung am 21. November 2019.

### **4. Voten der Unterausschüsse des HFA und der Fachausschüsse**

Der Unterausschuss Personal hat zum Personaletat unter Bezugnahme auf die Gesetzentwürfe der Landesregierung, Drucksachen 17/7200 und 17/7800 am 19. November 2019 mit der Vorlage 17/2750 votiert.

Der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen hat am 20. November 2019 mit der Vorlage 17/2751 votiert. In seinen Zuständigkeitsbereich fallen der Bau- und Liegenschaftsbetrieb, die Landesbetriebe in den Einzelplänen 09, 10, 12 und 14 sowie alle Sondervermögen in Einzelplan 20.

Die Voten der Fachausschüsse ergeben sich ggf. aus den Beschlussempfehlungen zu den Einzelplänen in den Drucksachen 17/8001 bis 17/8014, 17/8016 und 17/8020.

## **D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss und Änderungsanträge der Fraktionen**

Die abschließenden Beratungen erfolgten auf Grundlage eines Abstimmungskompendiums. Soweit die antragstellenden Fraktionen Bedarf für zusätzliche Wortbeiträge gesehen haben, erfolgte ein Aufruf zur Beratung. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den Änderungsanträgen ergeben sich aus den Anhängen der Drucksachen 17/8001 bis 17/8014, 17/8016 und 17/8020.

Die Änderungsanträge der Fraktionen zum Zahlenwerk zur Vorbereitung der 2. Lesung durch den HFA am 21. November 2019 enthalten ausführliche Begründungen der jeweiligen Antragstellerinnen.

Die **Fraktion der SPD** wies insbesondere auf die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände hin. Hier habe sich aus ihrer Sicht die Dramatik verstärkt. Es sei sehr deutlich geworden, was gerade im Bereich der Flüchtlingsfinanzierung, des FlÜAG und der Integrationspauschale von den Kommunen erwartet werde. Man solle den damit ausgesandten Hilferuf der Kommunen im Rahmen der Haushaltsberatungen wahrnehmen.

Die **Fraktion der CDU** stellte heraus, dass der von den Koalitionsfraktionen mitgetragene Haushaltsentwurf 2020 konsequente Hinweise gebe, wie man sich die Gestaltung in NRW in den kommenden Jahren vorstelle. Man wolle weiter in einem Land leben, in dem der Aufstieg durch Bildung genauso selbstverständlich sei wie das Gefühl der persönlichen und der kollektiven Sicherheit. Man wolle in einem Land leben, wo sozialer Zusammenhalt herrsche, wo es einen wirtschaftlichen Fortschritt gebe und der Aspekt der Nachhaltigkeit beachtet werde. Mit dem Haushalt 2020 wolle man vor dem Hintergrund einer steigenden Finanzkraft und maximal ausgedehnter finanzieller Spielräume ein Gleichgewicht in allen Bereichen schaffen. Die Oppositionsfraktionen hätten in ihren Änderungsanträgen in einigen Punkten Sparansätze ausfindig gemacht, folgten aber insgesamt nur einer sehr eindimensionalen Betrachtung.

Für die Koalitionsfraktionen sei ein wichtiges Thema auch die Beitragspflicht für Straßenbaumaßnahmen. Ohne Beteiligung der Kommunen fehlten Anreize für diese, die Kosten der Maßnahmen im Straßenbau zu deckeln.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** machte aus ihrer Sicht Angriffspunkte oder Defizite im Haushaltsentwurf der Regierung in den aus ihrer Sicht fehlenden Investitionen aus. „Schule 2020“ müsse fortgesetzt werden. 9 Milliarden Investitionsstau bestünden immer noch, Studierendenwohnheime stünden kurz vor der Schließung. Die Kommunen bräuchten Unterstützung. Zu ihrem Bedauern sei in Sachen Altschuldenfonds nichts in Sicht.

Die **Fraktion der FDP** ergänzte für die Koalitionsfraktionen, dass man die Entwicklung der Kommunalfinanzen sehr wohl im Blick habe. Die Entwicklung des GFG in den letzten Jahren habe zu einer zusätzlichen finanziellen Handlungsfähigkeit vor Ort in den Kommunen geführt. Man habe dafür gesorgt, dass die notwendigen Aufgaben vor Ort erledigt werden könnten. Zu

den Integrationskosten sei das fachlich federführende Ministerium weiterhin in intensiven Beratungen mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Der **Minister der Finanzen** bekräftigte, dass sich die Landesregierung unverändert mit den Kommunen und ihren Verbänden zum Komplex der Flüchtlingskosten in intensiven Gesprächen befinde.

Darüber hinaus verwiesen alle Fraktionen auf die im Plenum zur führenden Beratungen in der 2. Lesung.

## **E     Haushaltausgleich**

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge der Fraktionen war der Haushalt insgesamt unverändert und daher weiterhin in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Ein Beschluss zum Haushaltsausgleich war daher nicht erforderlich.

## **F     Bereinigungsbeschluss**

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge war auch ein Bereinigungsbeschluss entbehrlich.

## **G     Ergebnisse, Gesamtabstimmung**

Die jeweiligen Abstimmungen über die Einzelpläne einschließlich des Personalhaushalts sind aus den Berichten zu den Einzelplänen des Haushalts - Drucksachen 17/8001 bis 17/8014, 17/8016 und 17/8020 - zu entnehmen.

In der abschließenden Gesamtabstimmung über den Text des Haushaltsgesetzes, Drucksachen 17/7200 und 17/7800, einschließlich des Personaletats, den Anlagen zum Haushaltsgesetz, einschließlich des Gesamtplans, der Einzelpläne und der Übersichten, und damit über den Gesamthaushalt 2020, wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel  
Vorsitzender